

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik

Stellungnahme zum Studium für Lehrer/Lehrerinnen
an beruflichen Schulen

Die Kultusministerkonferenz hat sich auf ihrer 247. Plenarsitzung am 15./16. Februar 1990 mit der „Sicherung des Nachwuchses an Lehrern und Lehrerinnen an beruflichen Schulen“ befaßt und Maßnahmen zur Behebung des bestehenden und zu erwartenden Lehrermangels empfohlen. Darüber hinaus wird die Überarbeitung geltender KMK-Vereinbarungen zur Ausbildung von Lehrern/Lehrerinnen an beruflichen Schulen angekündigt. Der vereinbarte Maßnahmenkatalog zielt schwerpunktmäßig auf kurzfristig und allenfalls quantitativ wirksame Übergangsmaßnahmen ab. Dadurch werden die schwierigen Probleme der langfristigen und kontinuierlichen Versorgung des beruflichen Schulwesens mit pädagogisch und fachlich gut ausgebildeten Lehrern/Lehrerinnen auf Dauer eher verschärft als gelöst. Angesichts dieser Situation haben sich die Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik und der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft mit der Frage befaßt, an welchen gemeinsamen Mindestanforderungen sich das Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen — bei aller Unterschiedlichkeit der beruflichen Fachrichtungen und künftigen Einsatzfelder — orientieren sollten. Als Ergebnis dieser Beratungen werden folgende Grundsätze für die Regelung der ersten Ausbildungsphase empfohlen. Diese Grundsätze gelten für alle beruflichen Fachrichtungen:

1. Die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrern/Lehrerinnen an beruflichen Schulen ist grundständig zu organisieren, das heißt: Alle Fächer sind im Grund- und Hauptstudium anzubieten. Dies schließt die berufs- und wirtschaftspädagogischen sowie fachdidaktischen Studienangebote ein, weil nur so die

wissenschaftliche Qualifikation für berufliche Lehr-/Lernprozesse entwickelt werden kann. Aufbau-, Ergänzungs- oder Zusatzstudiengänge, die in anderen Organisationsformen die gleichen Standards sichern, sind nur in definierten Ausnahmen vorzusehen.

2. Da die Studiengänge mit dem Ziel der Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen unter den Druck der allgemeinen Staatsprüfung geraten sind und damit die für die beruflichen Schulen nötige Differenzierung gefährdet ist, sind sämtliche Studiengänge für Lehrer an beruflichen Schulen als Diplomstudiengänge anzubieten. Die Studienangebote sind zu gliedern in
- a) Berufs- und Wirtschaftspädagogik
 - b) Berufliche Fachrichtung/Fachwissenschaft
 - c) Wahlpflichtbereich.

Es sollte ein möglichst breites Fächerspektrum zugelassen werden, wobei die Spezialisierung auf eine jeweilige berufliche Fachrichtung durch Fächerkombinationen ergänzt werden kann, die über diese spezielle Fachrichtung hinausgehen.

3. Diplom-Studiengänge für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen gliedern sich in ein Grund- und Hauptstudium. Beide Teile werden durch Prüfungen abgeschlossen (Diplom-Vorprüfung, Diplom-Hauptprüfung). Das Thema der Diplomarbeit wird in der Regel dem Gebiet der Berufs- und Wirtschaftspädagogik entnommen.
4. Für Fachrichtungen bzw. Fächer an beruflichen Schulen, für die entsprechende Fachwissenschaften an Hochschulen eines Bundeslandes nicht vorhanden sind,

ist von der Kultusministerkonferenz unter Mitwirkung der Universitäten ein bundesweites Konzept zu entwickeln.

5. Zur langfristigen Sicherstellung der Lehrerversorgung ist es erforderlich, Institute/Seminare für Berufs- und Wirtschaftspädagogik einzurichten bzw. auszubauen, die ein hinreichendes Lehrangebot ermöglichen sowie eine entsprechende Forschung gestatten.

Die Empfehlung wurde beschlossen von der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik am 21. 3. 1990 und vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft am 13. 8. 1990 verabschiedet.

Vorstand der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik:

Prof. Dr. Bernhard Bonz, Universität Hohenheim, Postfach 70 05 62, 7000 Stuttgart 70
Prof. Dr. Reinhard Czycholl (geschäftsführend), Universität Oldenburg, Postfach 25 03, 2900 Oldenburg
Prof. Dr. Martin Kipp, Gesamthochschule Kassel, Postfach 10 13 80, 3500 Kassel